Nachtrag zu Scharpf

Dag Tanneberg

3 February 2016

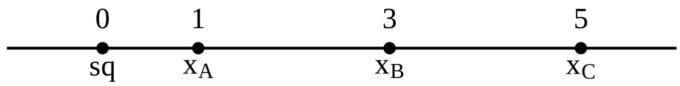

Figure 1: Verhandlungen in einer Dimension

In Abbildung 1 ringen drei Parteien A, B und C um die Lösung eines politischen Problems. Jede der drei Parteien verfolgt eine eigene Agenda, die hier als Idealpunkt x_i bezeichnet sei. Jede Partei empfindet Abweichungen von ihrem Idealpunkt als unattraktiv. Sie bewerten einen Kompromissvorschlag x je schlechter, desto weiter er sich von ihrem Idealpunkt entfernt. Dem Beispiel von Fritz Scharpf (S. 685) folgend sei die Nutzenfunktion jeder Partei $u_i(x) = x - x_i$. Unter diesen Voraussetzungen ergibt sich die nachstehende Auszahlungsmatrix.

x	$u_A(x)$	$u_B(x)$	$u_C(x)$
SQ	-1	-3	-5
A	0	-2	-4
B	-2	0	-2
C	-4	-2	0

Einfache Mehrheit bei diskreten Abstimmungsalternativen

Die drei Parteien A, B und C veranstalten ein Turnier zwischen den vier Optionen sq, x_A, x_B und x_C. Es stehen nur diese vier Varianten zur Wahl, Abstufungen zwischen x_i und x_j sind nicht zulässig (diskrete Wahlalternativen). Die Parteien stimmen mit einfacher Mehrheit ab. Somit müssen mindestens zwei Parteien einem Lösungsvorschlag zustimmen, anderenfalls bleibt es beim *status quo*. Es sei angenommen, dass sich jede Partei (1) nutzenrational verhält und (2) das Abstimmungsergebnis nicht durch strategische Präferenzäußerung beeinflusst. Die nachstehende Tabelle zeigt zunächst, dass der *status quo* nie mehrheitsfähig ist.[1] Für jeden Idealpunkt x_i findet sich eine Koaltion gegen den *status quo*. Die Frage ist nicht ob die Parteien zu einer Alternative gelangen, sondern zu welcher.

Abstimmung i vs. j	Für i stimmen	Gewinner
sq vs. x_A	$\emptyset$	A
sq vs. x_B	{A}	B
sq vs. x_C	$\emptyset$	C
x_A vs. x_B	{A}	B
x_A vs. x_C[2]	{A; B}	A
x_B vs. x_C	{A; B}	B

[1] Scharpf nennt x_A das am leichtesten zu erreichende Verhandlungsergebnis. Das ist korrekt. Hintergrund seiner Aussage ist jedoch die Annahme, dass alle drei Parteien dem Verhandlungsergebnis zustimmen müssen. Dabei handelt es sich meines Erachtens um nichts anderes als um die versteckte Einführung einer Einstimmigkeitsklausel. Wenn die Zustimmung aller für das Zustandekommen eines Verhandlungsergebnisses notwendig ist und x_A für alle eine Verbesserung gegenüber dem *status quo* darstellt, dann werden sich nutzenrationale Verhandlungspartner auf diesen kleinsten gemeinsamen Nenner einigen.

[2] Partei B ist zwischen x_A und x_C indifferent. Dieses Duell könnte auch zugunsten von C ausfallen. Für das Weitere ist dies unerheblich.

Policy-Option x_B gewinnt jede Abstimmung. Im paarweisen Vergleich[3] aller Alternativen zieht das soziale Kollektiv aus den Parteien A, B und C also immer x_B vor. Man nennt x_B auch einen Condorcet-Gewinner. Die kollektive, rationale Präferenzordnung lautet daher $x_B \, P \, x_A \, R \, x_C \, P \, sq$. Kurzum: Wenn die Parteien A, B und C in einer Reihe von paarweisen Abstimmungen nach einfacher Mehrheit über die vier politischen Alternativen entscheiden und sie sich dabei nutzenrational sowie nicht-strategisch Verhalten, dann wird sich x_B durchsetzen.

Einfache Mehrheit bei kontinuierlichen Abstimmungsalternativen

In dieser Variante sind Abstufungen zwischen den Policy-Alternativen zulässig, d.h. jeder Punkt auf der Linie in Abbildung 1 ist definiert. Die Parteien A, B und C stimmen wiederum nach einfacher Mehrheit ab, wobei sie sich nutzenrational und nicht-strategisch Verhalten. Alle Parteien müssen abstimmen. Unter diesen Voraussetzungen verändern die Parteien den *status quo*, wenn es einen Punkt x' gibt den mindestens zwei Parteien bevorzugen. Ich behaupte, dass $x' = x_B$, weil es sich um den Median der drei Parteien handelt.

Es sei α ein arbiträrer Punkt links von x_B. Bei α kann es sich also auch um den *status quo* handeln. Partei A bevorzugt α gegenüber x_B, da dessen Distanz zum Idealpunkt von A geringer ist. Gleichzeitig bevorzugen B und C x_B gegenüber α.

Es sei nun β ein arbiträrer Punkt rechts von x_B. Partei C bevorzugt β gegenüber x_B, weil sich dieser Lösungsvorschlag dem Idealpunkt von C annähert. Dem steht allerdings eine Koalition aus A und B gegenüber, die x_B gegenüber β bevorzugt.

Folglich gibt es immer eine Mehrheit, die x_B gegenüber jedem Abweichung von diesem Punkt bevorzugt. Dieses Ergebnis hängt von drei Annahmen ab: 1. Es gibt eine ungerade Anzahl von Wählern, 2. Stimmenthaltungen sind nicht zugelassen, 3. Alle Parteien stimmen präferenztreu ab. Veränderungen dieser Annahmen können das Ergebnis nachhaltig beeinflussen.

Warum dann Coase?

Die obenstehenden Ausführungen kennzeichnen einen politischen Prozess, der den Anwendungsvoraussetzungen der Mehrheitsentscheidung genügt. Scharpf führt allerdings gleich zu Beginn seines Beitrags aus, dass dies auf der europäischen Ebene nicht der Fall sei. Die Legitimität von Politikergebnissen der Europäischen Union muss deshalb auf anderem Wege gewährleistet werden.

Eine Möglichkeit dazu besteht in der Anwendung der Einstimmigkeitsregel. Sie führt zu Verhandlungsergebnissen, die dem kleinsten gemeinsamen Nenner der Verhandlungspartner entsprechen (x_A). Scharpf hält von dieser Variante nicht viel, weil sie das Potential von Verhandlungslösungen nicht ausschöpfe. Der kleinste gemeinsame Nenner ist nicht *wohlfahrtsmaximierend*[4] und genau darauf will Scharpf mit seinem Verweis auf das Coase-Theorem hinaus.

Nach dem Coase-Theorem werden effiziente Verhandlungsergebnisse erzielt, d.h. das wohlfahrtsteigernde Potential des Verhandlungssystem wird in vollem Umfang abgerufen, wenn 1. Verträge durchsetzbar sind, 2. Ausgleichszahlungen erfolgen können (transferierbarer Verhandlungsnutzen) und 3. Transaktionskosten vernachlässigbar klein sind. Mit anderen Worten sind Verhandlungslösungen der europäischen Regierungen legitim, wenn die Verlierer dieses Prozesses für die ihnen entstehenden Nachteile mit Gewissheit entschädigt werden.

Scharpf behauptet nun (wie schon Coase selbst), dass dieses Versprechen uneingelöst bleibt, weil die Transaktionskosten eines Verhandlungssystems nie vernachlässigt werden können. Der Rest seines Beitrags zieht daraus die Konsequenzen.

[3] Politikalternativen paarweise gegeneinander antreten zu lassen ist ein üblicher Kniff der Social Choice Theory. Stünden unter den gewählten Annahmen (1) und (2) alle vier Optionen gleichzeitig zur Wahl, dann stimmte jede Partei nur für ihren Idealpunkt und alles bliebe beim Alten.

[4] Genau das zeigt Abbildung 2 in Scharpfs Text.